

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 10. - 11. März

(Stand: 11.03., 16:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionsbeschlüsse**
-
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Meldungen zur ukrainischen Wirtschaft**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir halten die Dokumente dann fortlaufend aktuell.

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167129.

Handelsblatt

Bundesregierung arbeitet an Schutzschirm für Unternehmen

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesfinanzminister Christian Lindner sprechen dieser Tage viel mit Konzernlenkern. Lindner traf am Mittwoch, Habeck am Donnerstag Unternehmenschefs und Wirtschaftsvertreter. Beide wollten sich ein Lagebild einholen, wie stark der Ukrainekrieg und dessen Folgen die deutsche Wirtschaft treffen. Offensichtlich haben die Treffen Eindruck bei der Ampelregierung hinterlassen: Nach Informationen des Handelsblatts arbeitet die Bundesregierung inzwischen „unter Hochdruck“ an neuen Wirtschaftshilfen, um die Folgen des Ukrainekriegs für die deutschen Unternehmen abzufedern.

So erwägt die Bundesregierung unter anderem, einen Russland-Schutzschirm aufzubauen, ähnlich wie er für die Coronakrise eingerichtet wurde. Aber auch an einem eigenen Schutzschirm für die Energiewirtschaft wird gearbeitet. Dies bestätigten mehrere Regierungsvertreter dem Handelsblatt.

BITTE UM BETEILIGUNG!

Ost-Ausschuss-Umfrage

Wir möchten Sie bitten, an unserer Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine auf ihr Geschäft teilzunehmen. Unter diesem [Link](#) kommen Sie zur Umfrage.

Ihre Antworten helfen uns, ein noch genaueres Bild der Situation zu erhalten und Sie bestmöglich zu unterstützen. Außerdem sind wir in Gesprächen mit den zuständigen

staatlichen Stellen, um Hilfen für betroffene Unternehmen zu koordinieren. Bitte formulieren Sie deshalb Ihre Antworten so präzise wie möglich.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen im Anschluss zur Verfügung. Ihre Daten werden vertraulich behandelt, die Ergebnisse anonymisiert und nicht an Dritte weitergegeben.

Bei eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an Jens Böhlmann (j.boehlmann@oa-ev.de) oder Stefan Kägebein (s.kaegebein@oa-ev.de).

Zusammenfassung: Briefing des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Ukraine am 11. März, 10:00 - 11:00 Uhr

Am 11. März tauschten sich Ost-Ausschuss-Mitglieder, die in der Ukraine aktiv sind mit Vertretern der ukrainischen Regierung, der Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden zur aktuellen humanitären, sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen Lage aus. Vsevolod Chentsov, Repräsentant der Ukraine bei der Europäischen Union in Brüssel nahm genauso teil wie die Spitzen der Ukrainian Business and Trade Association sowie der Ukrainian IT Association, dem größten Verband der Branche im Land. Alexander Markus, Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer und Dr. Andreas Nicolin, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz stellten sich ebenso den Fragen der Unternehmen. Moderiert wurde die Runde von Ost-Ausschuss Geschäftsführer Michael Harms.

Die Kernpunkte aus den Vorträgen und der Diskussion umfassen folgende Bereiche:

- 1) Aktuell fokussieren sich ukrainische Unternehmen alle Branchen, insbesondere aber im Bereich Lebensmittel, auf die Versorgung des Landes. Selbst große Unternehmen werden in einigen Wochen auf Grund von Lieferkettenproblemen in Produktionsschwierigkeiten geraten. Hier gilt es schnelle Logistik- und Finanzlösungen zu finden.
- 2) Viele ausländische Unternehmen haben nach einer ersten Produktionsunterbrechung zwischenzeitlich und teilweise Produktionsprozesse wieder angefahren oder planen dies für die nächsten Tage. Allerdings existieren Probleme im Bereich der Logistik, der Güterverteilung, Supply Chains für Vorprodukte/Grundstoffe zur Produktion.
- 3) Die ukrainische IT Wirtschaft ist weiterhin leistungs- und lieferfähig. Nach Angaben der UA IT Association können aktuelle etwa 80 Prozent der Kapazitäten eingesetzt werden. Der Verband ruft dazu auf, die Kundenbeziehungen weiter zu pflegen und Aufträge bei ihren ukrainischen Partnern einzukaufen.
- 4) Es werden aktuell prinzipiell weiter Hermes-Deckungen für das Ukraine-Geschäft ausgereicht (Handelsfinanzierung). Es findet eine „case by case“-Risikoprüfung statt. Wichtig: Sicherung der Liquidität der ukrainischen Tochterunternehmen und

Absicherung von Zahlungsprozessen. Unternehmen mit darüber hinaus gehenden konkreten Anliegen können sich direkt beim Ost-Ausschuss melden.

- 5) Der Import und Export ist weiter möglich, findet jedoch Einschränkung gemäß der Liste kritischer Güter, die hier abgerufen werden kann. [Про перелік товарів критичного імпорту | Кабінет Міністрів України \(kmu.gov.ua\)](#). Nach Stand per 11. März 2022 gibt es keine prinzipiellen Einschränkungen im Zahlungsverkehr nach und aus der Ukraine.

Der Ost-Ausschuss und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bitte um Übermittlung von Themen und Petita zu konkreten Fällen und Anfragen, um diese möglichst schnell bearbeiten und lösen zu können. Mit der Ukrainian Business and Trade Association haben wir darüber hinaus einen Ansprechpartner, der direkt mit ukrainischen Regierungsstellen im Austausch steht. Ansprechpartner im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist dafür Herr Stefan Kägebein, s.kaegebein@oa-ev.de.

Zusammenfassung: Ost-Ausschuss-Briefing zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, 11. März 13:00 – 14:30 Uhr

Organisation:

Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland des Ost-Ausschusses, 70 Teilnehmer unterschiedlicher Branchen

Kernaussagen:

- Logistikfirmen beobachten weiterhin eine Verknappung von Ladekapazitäten und Fahrern. Zu rechnen ist mit weniger Transporten aus Europa nach Russland. Die Zollabfertigung in Russland verläuft reibungslos innerhalb von zwei Stunden. Die Lager in Russland sind voll, Ware staut sich dort. Luftfracht mit Russland läuft weiter mit Turkish Airlines und Emirates.
- Häfen: Kunden weichen auf Rotterdam und Antwerpen aus. Hier gibt es erste Verzögerungen. Es gibt zunehmend Anfragen zu Umleitung des Lieferverkehrs über Aserbaidschan oder Kasachstan. Kasachstan gehört zur Zollunion, ist aber nicht sanktioniert. Diese Umgehungen gelten aber nicht für Waren, die unter Russlandsanktionen fallen.
- Unternehmensalltag in Russland: Große Probleme mit der Liquidität. Russische Banken kündigen Kreditlinien. Leitzinsen von 20 Prozent verteuert Kredite. Deutsche Unternehmen sind in moralischem Dilemma: Öffentlichkeit in Deutschland fordert Aufgabe des Geschäfts Gleichzeitig ist man den Mitarbeitern und OPartnern in Russland verpflichtet und könnte eine jahrzehntelange Aufbauarbeit verlieren.
- Hauptproblem ist die Lieferkette. Lieferanten stellen auf Vorkasse um, es gibt auch Lieferanten, die prinzipiell nichts mehr mit Russland zu tun haben wollen. Wichtige

Rohstoffe fehlen. Hier geht es weniger um Sanktionen, sondern um direkte Entscheidungen von Unternehmen. Transportkosten können sehr hoch sein. Wegfall der Seefracht ist großes Problem. Aktuell kann man schwer aus Russland heraus exportieren.

- Label FSE für Holz und Papierprodukte und ökologischer Nachweis wird allen Unternehmen in Russland entzogen. Dadurch sind russische Waren unter Umständen nicht mehr exportierbar. Waren sind weiterhin in jeglicher Valuta zahlbar. Inter-Company-Darlehen weiter möglich.
- Einzelhandel: Massenansturm von Konsumenten auf Artikel und Importware. Man legt Vorräte an. Turbulenzen bei der Bepreisung. Erstes Ziel ist es, das Angebot stabil zu halten. Die Preise steigen an. Massive Ankündigungen von 15, 70, 100 Prozent bei Waren, insbesondere bei ausländischen Produkten. Die Importsubstitution hat in Russland nicht so tief gegriffen, wie man denkt. Maschinen, Materialien auch aus dem Ausland.
- Gastronomiekunden überprüfen Menüs, ersetzen importierte Produkte mit einheimischen Produkten.
- Problem der Bezahlung der Lieferanten. Die Zentralbank sagt aber, dass Ware weiterhin in Auftragswährung gezahlt werden kann. Man kann aber keine Dividenden abführen.
- Logistikprobleme: Viele Versicherungen versichern Ware nur bis Rotterdam, Weitertransport nach Russland wird zum Problem.
- Hoher Druck der russischen Regierung zur Aufrechterhaltung des Betriebs. Staatliche Stellen agieren unkoordiniert. Wirrwarr, fehlende Koordination.
- Euler Hermes: Seit 24.2. gibt es einen Bearbeitungsstopp für Hermesgarantien/Exportkreditgarantien für Russland, Belarus, Ukraine. Für Neugeschäfte in Belarus und Russland wird keine Deckung mehr vom Bund übernommen, gilt nicht für die Ukraine. Dort gibt es Einzelfallprüfung.
- Sanktionen müssen eingehalten werden. Für schon gelieferte Geschäfte bleibt der Deckungsschutz. Generell muss man aber bei laufendem Geschäft fragen, wie das Risiko von Zahlungsausfällen aussieht.
- Russ. Gegensanktionen (wie Dekret 95) werden relevant: Keine Bedienung von Darlehen in Auslandswährung zulässig
- Man muss weiter beobachten, wie Russland Auslandsschulden weiter bedient. Am 16. März werden größere Zahlungen fällig, u.a. Gazprom-Bonds. Da muss man beobachten, ob Russland weiter Schulden bedient.

- Finanzfragen: In der Finanzbranche gibt es aktuell noch mehr Fragen als Antworten. Es ist ein Rückfall in Zeiten, in denen jeder Vorgang einzeln betrachtet werden muss, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden.
- Dynamische Prozesse: Jeden Tag gibt es eine Sanktion oder eine Gegensanktion. SWIFT-Ausschluss russischer Banken ab 12. März umzusetzen.
- Problem der Overcompliance wird stark diskutiert. Neu sanktionierte Personen und Institutionen werden schnell erfasst. Aber das Ganze wird erschwert durch die Exportsanktionen. Man muss klären, zu welcher Dienstleistung und zu welcher Ware gehört eine Zahlung und steht eventuell auch die Ware selbst auf Sanktionslisten. Man muss quasi fast jede Zahlung manuell ansehen.
- Banken ohne operative Einheit in Russland sind vom Rubelmarkt abgeschnitten. Bringt Probleme Rubel im Ausland zu konvertieren. Das Konvertierungsproblem wird zunehmen, so lange es keine funktionierenden Devisenmärkte gibt. Beim Eurozahlungsverkehr sollte es Entspannung geben.
- SWIFT-Abschaltung heißt, man braucht oft neue Korrespondenzbanken, muss Konten umdisponieren.
- Das Stammgeschäft ist geschützt, soweit Verträge vor den Sanktionen abgeschlossen wurden. Aber auch hier Einzelfallbetrachtung nötig. Wurde Ware geliefert, steht noch etwas an, ist die Lieferung noch möglich, wie sieht es mit BAFA-Genehmigungen aus?
- Kurierdienste aktuell nur sehr eingeschränkt. Einige liefern schon gar keine Dokumente mehr aus.
- Wir suchen Lösungen wie mit den von SWIFT abgeschalteten Banken gearbeitet wird. Operativ ist dort die Zusammenarbeit weiter kooperativ.
- Wir hören oft von russischen Kunden, wir haben gezahlt, aber die Korrespondenzbank in Deutschland nimmt das nicht auf. Nur begrenzter Einfluss auf die Hausbank der Kunden. Zahlungen innerhalb Russlands laufen normal. Intercompany-Darlehen nach Russland sind möglich. Auch in die Ukraine hinein sind Zahlungen möglich
- Mögliches „Enteignungsgesetz“: Im Original heißt dies „beschleunigte Insolvenz“. Aktuell gibt es noch keinen Gesetzestext und konkreten Fall. Das Verfahren dazu ist noch unklar, es gibt keine Rechtsgrundlage, sondern erst einmal nur politische Äußerungen. Gedacht ist offenbar an größere Unternehmen mit 1 Milliarde Rubel Umsatz und über 100 Beschäftigte.
- Hintergrund: Unternehmen in beschleunigte Insolvenz schicken, um dem Insolvenzverwalter die Chance zu geben, einen anderen Besitzer zu finden, der das

Unternehmen fortführt. Das dürfte schwierig werden, dass ein funktionierendes Unternehmen einfach den Eigentümer wechselt und gleich weiter stabil arbeitet.

- Wenn Unternehmen keine Teile mehr einführen kann, müssen sie bis auf weiteres die Produktion einstellen. Unangenehm sind Schreiben von örtlichen Staatsanwälten, die davor warnen, Geschäft einzustellen.
- Tatbestand des Hochverrats gibt es schon seit 1990er Jahre. Da geht es um Finanzhilfe, Beratung andere Staaten. Gilt nur für russische Staatsbürger. Auch öffentliche Aufrufe zu Sanktionen gegen Russland steht unter Strafe. Such dieser Punkt ist nur auf Staatsbürger der Russischen Föderation wirksam.
- Fake news-Gesetz: Gilt auch für Ausländer. Es geht um die Verbreitung so genannte „Falschnachrichten“ über die Streitkräfte der russischen Föderation sowie für Handlungen/Äußerungen, die auf die Diskreditierung der Streitkräfte zielen.

2. Terminübersicht

15. März: Online-Briefing des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Zentralasien, 9:00 – 10:30 Uhr

Hiermit möchten wir Sie gerne an die Einladung zu unserer virtuellen Sitzung des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft erinnern. Diese Online-Sitzung findet am 15. März 2022 von 09:00 Uhr bis 10:30 Uhr statt.

Aus gegebenen Anlass wollen wir im Rahmen unserer Sitzung den Fokus neben den Januar-Ereignissen in Kasachstan, auch auf die derzeitige Situation in der Ukraine und die möglichen Auswirkungen der Russland-Sanktionen auf Zentralasien legen. Hierzu werden Botschafterin Monika Iwersen und der Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien Hovsep Voskanyan Impulse liefern. Wie gewohnt werden Sie auch die Gelegenheit haben, sich mit Vertretern der Bundesregierung und den Unternehmenskollegen und -kolleginnen zur aktuellen Lage auszutauschen.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Bei Interesse melden Sie sich gerne bei Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oa-ev.de

16. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 UHR

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter:

[Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

16. März: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 13:00 Uhr

Seit dem 2. März bieten Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium immer mittwochs von 11:30 – 13:00 Uhr ein aktuelles Briefing zur den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an. Anmeldung und Informationen bei:

Caren Brinkmann, 402-s@auswaertiges-amt.de



Russland und der Westen

Zeitenwende

Wie umgehen mit einem repressiven und konfrontativen Russland?

24. März 2022, 19:00 - 21:00 MEZ

[Anmelden](#)

Einleitung: **Michail Chodorkowski**

Grundsatzrede: **Annalena Baerbock**, Bundesaußenministerin (tbc)

Diskussion:

- **Michael Roth**, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, SPD
- **Roderich Kiesewetter**, MdB, Sprecher für Krisenprävention, CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, FDP
- **Agnieszka Brugger**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Moderation: **Ralf Fücks**, Zentrum Liberale Moderne

Perspektivwechsel: Gespräch mit

- Botschafter **Daniel Fried**, Atlantic Council
- **Pavlo Klimkin**, ehem. Außenminister der Ukraine (tbc).

Moderation: Botschafter **Boris Ruge**, stellv. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Diskussion wird simultan ins Englische, Russische und Deutsche übersetzt.

Bei Rückfragen, wenden Sie sich bitte an events@libmod.de

28. März: „GAA_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9.00 bis 10.00 Uhr (MEZ)

Wenn Sie teilnehmen möchten, dann melden Sie sich bitte **zum 16. März 2022** unter folgendem Link an:

<https://forms.office.com/r/Z03Vedm1hx>

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen:

p.brodersen@oa-ev.de

3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 10. März)

Heute gibt es keine neuen EU-Sanktionsentwicklungen zu vermelden.

Sanktionen gegen Russland: Komplette Sanktionsliste der EU

Aus: Augsburger Allgemeine

Wegen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hat die EU scharfe Sanktionen gegen Russland verhängt. Welche Sanktionen das sind, lesen sie hier im Überblick.

Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern hat die Europäische Union (EU) harte Sanktionen gegen Russland verhängt. Die Sanktionen sind eine Reaktion auf den Angriffskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt. Fast alle Bereiche sind betroffen: Finanzen, Energie, Transport, außerdem gibt es Beschränkungen gegen Personen und Einrichtungen sowie Visabeschränkungen. Auch private westliche Unternehmen haben reagiert. Doch welche Sanktionen wurden genau beschlossen?

Sanktionsliste gegen Russland wegen Ukraine-Invasion

Finanzsektor:

- Swift: Russischen Banken werden vom SWIFT-System ausgeschlossen. Sie werden somit von fast allen internationalen Finanzströmen abgetrennt. Faktisch bedeutet das, dass sie am internationalen Zahlungsverkehr nicht mehr teilnehmen können. Die EU hat lange damit gerungen, Russland von Swift auszuschließen, nicht zuletzt wegen der Unentschlossenheit Deutschlands.
- Transaktionen der russischen Zentralbank werden verboten. All ihre Vermögenswerte werden eingefroren. Gleiches soll für das Vermögen russischer Oligarchen gelten. Die russische Zentralbank kann außerdem nur noch mit weitreichenden Beschränkungen auf ihre Devisenreserven in der EU zugreifen.
- Das alles bedeutet für den Finanzsektor in Russland: 70 Prozent des russischen Bankenmarktes und wichtige staatliche Unternehmen werden vom globalen Kapitalmarkt abgeschnitten.
- Damit Russland die Finanzsanktionen nicht umschiffen kann, gibt es auch Beschränkungen bei der Kryptowährung für Russland.

Transportsektor:

- Der gesamte Luftraum in der EU ist für russische Flugzeuge verboten. Die Maschinen dürfen weder in der EU starten, noch landen oder die EU überfliegen. Das gilt für alle in Russland registrierten Flugzeuge, für alle von Russland kontrollierten Maschinen sowie für alle in russischem Besitz befindliche Flugzeuge.
- Keine Firmen oder Organisationen in der EU dürfen mit russischen Fluggesellschaften Geschäfte rund um Flugzeuge oder Ausrüstung machen. Das betrifft den Export, den

Verkauf und die Lieferung oder Weitergabe. Auch Reparaturen, Wartungen oder Finanzdienstleistungen sind verboten.

- Diese Sanktionen treffen den Transportsektor in Russland massiv: Bisher wurden drei Viertel der russischen Verkehrsflugzeug-Flotte in Kanada, den USA oder in der EU gebaut. Ohne die modernen Maschinen und die Ausrüstung wird Russland seine Flotte nicht nach internationalem Standard fortentwickeln können.
- Sanktionen gegen die Schifffahrtsbranche sollen noch beschlossen werden.

Energiesektor:

- Exportverbote sorgen dafür, dass Russland seine Ölraffinerien nicht modernisieren kann. Russische Lieferungen von raffiniertem Öl in die EU brachten Russland im Jahr 2019 24 Milliarden Euro ein.
- Nord-Stream-2 ist gestoppt

Industriesektor:

Visa:

- Kein privilegierter Zugang mehr für Diplomaten und verwandte Gruppen sowie Geschäftsleute zur Europäischen Union.

Individuelle Einschränkung von Personen und Einrichtungen:

- Mehr als 480 Einzelpersonen oder Einrichtungen aus Russland wurden sanktioniert, weil sie den Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen. Allen voran Staatspräsident Putin und Außenminister Lawrow, zudem fünf weitere Mitglieder des RUS Nationalen Sicherheitsrates, alle Duma-Abgeordneten, der Kreml-Sprecher Peskow, Vertreter des Militärs und zahlreiche Oligarchen.
- Russische staatliche Desinformationskanäle wie Sputnik oder Russia Today werden abgeschaltet.

Belarus:

- Weil Belarus Russland aktiv im Krieg unterstützt, hat die EU auch Belarus sanktioniert. Unter anderem gelten neue Wirtschaftssanktionen.

GTAI-Sanktionsübersicht:

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Auch am Freitag kursierten Gerüchte über ein bald erscheinendes „Enteignungsgesetz“ in Russland (wir berichteten gestern). Dazu erklärte der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms gegenüber der Presse folgendes:

„Wir sehen die Spekulationen über mögliche Enteignungen ausländischer Firmen in Russland mit Besorgnis. Viele deutsche Unternehmen sind seit Jahrzehnten in Russland tätig und tragen dort die Verantwortung für rund 280.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Derzeit fehlen dazu aber belastbare Informationen, und wir kennen noch keinen entsprechenden Gesetzentwurf. Daher geben wir derzeit auch keine Empfehlungen für unsere Unternehmen ab, beobachten die Entwicklung aber aufmerksam.“

Die russische Regierung hat eine Liste von Gütern und Ausrüstungen festgelegt, die zuvor aus dem Ausland nach Russland eingeführt wurden und deren Ausfuhr aus dem Land vorübergehend verboten ist. Der Beschluss ist bis Ende 2022 gültig. Sie wurde gemäß dem Präsidialerlass "Über die Anwendung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen im Bereich der Außenwirtschaftstätigkeit zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation" erlassen.

Die Liste umfasst: Technologie, Telekommunikation, medizinische Ausrüstung, Fahrzeuge, landwirtschaftliche Maschinen, elektrische Ausrüstung - insgesamt mehr als 200 Produkte, darunter Eisenbahnwaggons und Lokomotiven, Container, Turbinen, Metall- und Steinbearbeitungsmaschinen, Monitore, Projektoren, Konsolen und Panels. Die Ausfuhr dieser Güter ist vorübergehend auf alle Länder beschränkt, mit Ausnahme der Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU), Abchasien und Südossetien. Für die letztgenannten Länder gilt ein Genehmigungsverfahren für die Ausfuhr, das durch einen separaten Regierungserlass genehmigt wird. Dies bedeutet, dass die Genehmigungen für die Ausfuhr von Waren nach Abchasien und Südossetien vom Landwirtschaftsministerium, dem Verkehrsministerium, dem Ministerium für Industrie und Handel, dem Ministerium für digitale Entwicklung und dem Ministerium für natürliche Ressourcen erteilt werden.

Darüber hinaus wird mit dem Erlass die Ausfuhr bestimmter Holzarten aus Russland vorübergehend eingeschränkt. Sie ist in Ländern verboten, die sich unfreundlicher Handlungen schuldig gemacht haben. Auch dieser Beschluss gilt bis Ende des Jahres. Wichtige russische Exportgüter sind nicht von der Regelung betroffen, etwa die Ausfuhren von Erdöl und Gas.

Liste der Warengruppen (pdf) ist über den folgenden Link einzusehen (auf Russisch):

<http://government.ru/news/44762/>

Alle russischen Gesetzesänderungen werden hier veröffentlicht:
<http://publication.pravo.gov.ru/SignatoryAuthority/government>

Hier eine inoffizielle englische Übersetzung des russischen Dekrets 95 - "Über das vorläufige Verfahren zur Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten ausländischen Gläubigern", das am 5. März veröffentlicht wurde. Die Übersetzung wurde uns von Business Europe zur Verfügung gestellt:

Decree of the President of the Russian Federation No. 95 dated 05.03.2022 "On the Temporary Procedure for Fulfilling Obligations to Certain Foreign Creditors"

In addition to the economic measures provided for by Presidential Decrees No. 79 of February 28, 2022 "On the Application of Special Economic Measures in Connection with the Unfriendly Actions of the United States of America and Foreign States and International Organizations that have Joined Them" and No. 81 of March 1, 2022 "On Additional temporary economic measures to Ensure the Financial Stability of the Russian Federation", I decree:

1. Establish a temporary procedure for the fulfillment by the Russian Federation, constituent entities of the Russian Federation, municipalities, residents (hereinafter also referred to as debtors) of obligations on loans, financial instruments to foreign creditors who are foreign persons associated with foreign states who commit unfriendly actions against the Russian Federation, Russian legal entities and individuals (including if such foreign persons have the citizenship of these states, their place of registration, the place of preferential conduct of their economic activities or the place of preferential extraction of profits from their activities are these states), or persons who are under the control of these foreign persons, regardless of the place of their registration (except in cases where the place of their registration is the Russian Federation) or the place of their primary economic activity (hereinafter referred to as foreign creditors).
2. The procedure for the fulfillment of obligations established by this Decree applies to the fulfillment of obligations in an amount exceeding 10 million rubles per calendar month, or in an amount exceeding the equivalent of this amount in foreign currency at the official exchange rate of the Central Bank established on the 1st day of each month.
3. In order to fulfill the obligations referred to in part 1 of this Decree, the debtor has the right to send to a Russian credit institution an application for opening in the name of a foreign creditor or a foreign organization entitled, in accordance with its personal law, to record and transfer rights to securities (foreign nominee holder) in respect of which obligations are fulfilled, an account of type "C" intended for settlements under these obligations. In order to fulfill obligations related to the issue of securities, the debtor has the right to send such an application to a non-bank credit institution that is the central depository in accordance with Federal Law No. 414-FZ of December 7, 2011 "On the Central Depository".

4. Provide that accounts of type "C" from the date of entry into force of this Decree include depot accounts opened before that date in the name of a non-resident who is a foreign creditor, or in the name of a foreign nominee holder.
5. The "C" type account regime is established by a decision of the Board of Directors of the Central Bank, is subject to official publication in accordance with Article 7 of Federal Law No. 86-FZ of July 10, 2002 "On the Central Bank of the Russian Federation (Bank of Russia)". The "C" type account is maintained in rubles.
6. Establish that the obligation referred to in point 1 of this Decree, are recognized executed properly if:
 - a) they performed in rubles in the amount equivalent to the value of liabilities in foreign currency (no matter in what currency expressed such value) calculated by the official rate of the Central Bank established on the day, when he was made the appropriate payment to foreign creditors, is not named in point 1 of this Decree;
 - b) they are executed to residents whose securities are accounted for on deposit accounts in Russian depositories by transferring funds in rubles by the debtor to the creditor's account in an amount equivalent to the value of liabilities in foreign currency and calculated at the official exchange rate of the Central Bank established on the day when the corresponding payment was made. The payments are made through Russian depositories without transfer of funds to the accounts of type "C";
 - c) they are performed before a foreign nominal holder by transfer by the debtor on the account type "C" of a foreign nominal holder, operating in the Russian depositories of funds in rubles in the amount equivalent to the value of liabilities in foreign currency and settled on the official exchange rate of the Central Bank established on the day when he was paid accordingly for subsequent transfer to the holders of securities who are foreign creditors referred to in point 1 of this Decree, those funds in the amount owed to be paid under the terms of the issue of securities, minus the amount of payments made to the holders of the securities, are persons, enforcement of the obligations to which it has been established by subparagraphs "a" and "b" of this point;
 - d) they are executed in accordance with the procedure determined in accordance with points 10 or 11 of this Decree.
7. If the debtor transfers funds to a type "C" account, the creditor has the right to apply to the credit institution in which such an account is opened with an application for the use of funds in accordance with the procedure determined by the Central Bank (with respect to the fulfillment of obligations by credit institutions and non-credit financial organizations) or the Ministry of Finance of the Russian Federation (with respect to the fulfillment of obligations by other debtors).
8. The performance by the debtors of obligations to the residents, as well as to foreign creditors, not named in point 1 of this Decree, if the right of claim for such obligations was ceded to them after March 1, 2022 foreign creditors referred to in point 1 of this Decree (or after a date specified by the Board of Directors of the Central Bank in respect of certain categories of persons) shall be in the manner provided in this Decree.

9. The performance of Russian legal entities obligations related to the issuance of foreign organizations, foreign equity securities (Eurobonds, Depositary receipts), are carried out in the manner prescribed in this Decree.

10. Grant the Central Bank (with respect to the fulfillment of obligations by credit organizations and non-credit financial organizations) and the Ministry of Finance of the Russian Federation (with respect to the fulfillment of obligations by other debtors) the authority to determine a different procedure for the fulfillment by debtors of the obligations referred to in point 1 of this Decree.

11. Before determining, in accordance with point 10 of this Decree, of the procedure for the fulfillment of obligations by debtors, grant the authority to issue permits for the fulfillment of obligations without observing the procedure provided for by this Decree:

a) To the Central Bank of the Russian Federation - in respect of credit institutions and non-credit financial organizations;

b) to the Ministry of Finance of the Russian Federation in coordination with the Central Bank of the Russian Federation - in respect of other debtors.

12. For the application of the decree of the President of the Russian Federation dated March 1, 2022, № 81 "On additional temporary economic measures to ensure the financial stability of the Russian Federation" persons of foreign States engaged against the Russian Federation, the Russian legal entities and individuals unfriendly actions referred to in subparagraph a of paragraph 1 of this Decree, it shall be the person who meets both of the following requirements:

a) they are under the control of Russian legal entities or individuals (the ultimate beneficiaries are the Russian Federation, the Russian legal entity or natural person), including if such control is exercised through a foreign legal entity associated with such foreign countries;

b) information on their control has been disclosed by Russian legal entities or individuals named in subparagraph "a" of this paragraph to the tax authorities of the Russian Federation in accordance with the requirements of the legislation of the Russian Federation.

13. Grant the Central Bank of the Russian Federation the right to give official explanations on the application of this Decree, as well as Decrees of the President of the Russian Federation dated February 28, 2022 No. 79 "On the application of special Economic measures in Connection with the Unfriendly Actions of the United States of America and foreign States and international Organizations that have joined them" and March 1, 2022 No. 81 "On additional temporary economic measures to ensure the financial stability of the Russian Federation", which are binding on the entire territory of the Russian Federation.

14. Within 2 days, the Government of the Russian Federation shall determine the list of foreign States that commit unfriendly actions against the Russian Federation, Russian legal entities and individuals.

15. This Decree comes into force from the date of its official publication.

Weitere Meldungen aus Russland:

Generalstaatsanwaltschaft wird Russland verlassende Unternehmen prüfen

MOSKAU (dpa-AFX) - Internationale Unternehmen, die wegen des Angriffs auf die Ukraine ihr Geschäft in Russland aussetzen, geraten ins Visier der russischen Generalstaatsanwaltschaft. Unter anderem solle dabei die Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber russischen Arbeitnehmern und deren Rechten geprüft werden, teilte die Behörde am Freitag mit. Jede Einstellung des Betriebs solle zudem auf Anzeichen einer absichtlichen oder Schein-Insolvenz geprüft werden.

Wegen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine haben zahlreiche internationale Unternehmen - Anbieter von Modeartikeln und Konsumgütern, Autobauer, Banken, Tech-Unternehmen - ihr Geschäft in Russland gestoppt. Viele gaben dabei explizit an, dass russische Mitarbeiter weiter bezahlt werden sollen.

Die russische Regierung droht bereits offen mit der Enteignung der internationalen Unternehmen, die ihre Geschäfte in dem Land aussetzen. Die russische Regierung arbeite deshalb an Schritten, um eine Insolvenz der Firmen in Russland und dann eine Nationalisierung des Besitzes in die Wege zu leiten, sagte der Vize-Chef des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, am Donnerstag. Auf "Grundlage des von den Investoren in Panik" zurückgelassenen Vermögens müsse eine neue Produktion aufgebaut werden.

Präsident Wladimir Putin unterstützte den Vorschlag und rief seine Regierung auf, "entschlossen zu handeln", um Schaden für russische Geschäftspartner der Unternehmen abzuwenden. Dafür gebe es bereits "genug rechtliche Marktinstrumente".

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, warnte den Kreml vor einer Enteignung. "Jede widerrechtliche Entscheidung Russlands, den Besitz dieser Unternehmen zu beschlagnahmen, wird Russland noch mehr wirtschaftlichen Schmerz bringen", schrieb sie bei Twitter. "Es wird der globalen Wirtschaftsgemeinschaft die klare Botschaft vermitteln, dass Russland kein sicherer Ort für Investitionen und Geschäfte ist."

Social-Media-Plattform Instagram wird in Russland blockiert

MOSKAU (dpa-AFX) - Nach Facebook und Twitter wird nun auch Instagram in Russland blockiert. Auf der Social-Media-Plattform würden Gewaltaufrufe gegen russische Bürger und Soldaten verbreitet, hieß es am Freitag zur Begründung in einer Mitteilung der russischen Medienaufsicht Roskomnadsor. Zuvor hatte die Generalstaatsanwaltschaft Roskomnadsor aufgefordert, den Zugang zu Instagram einzuschränken - und kündigte auch die Löschung ihres eigenen Instagram-Accounts an.

Hintergrund ist eine Entscheidung des US-Konzerns Meta, zu dem neben Instagram und Facebook auch WhatsApp gehört, Aufrufe zur Gewalt gegen russische Truppen in der Ukraine zuzulassen. Als Beispiel für eine Ausnahme bei Äußerungen, die normalerweise

gegen Richtlinien verstoßen hätten, nannte ein Facebook-Sprecher den Satz "Tod den russischen Eindringlingen". In Moskau löste das große Empörung aus. Russlands Generalstaatsanwaltschaft will den gesamten Facebook-Konzern Meta als "extremistische Organisation" verbieten lassen. Ein entsprechender Antrag sei bereits bei Gericht eingereicht worden.

Russlands Justiz will Facebook-Konzern Meta verbieten

MOSKAU (dpa-AFX) - Russlands Generalstaatsanwaltschaft will den Facebook-Konzern Meta als "extremistische Organisation" verbieten lassen. Ein entsprechender Antrag sei beim Gericht eingereicht worden, teilte die Behörde am Freitag mit. Hintergrund ist eine Entscheidung des US-Konzerns, zu dem auch Dienste wie Instagram und WhatsApp gehören, Aufrufe zur Gewalt gegen russische Truppen in der Ukraine zuzulassen.

Facebook selbst ist in Russland bereits seit Tagen nicht mehr aufrufbar. Die Generalstaatsanwaltschaft forderte Russlands Medienaufsicht Roskomnadsor nun zudem auf, den Zugang zu Instagram einzuschränken - und kündigte die Löschung ihres eigenen Instagram-Accounts an. Auch Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin zog sich von Instagram zurück.

Menschen in Russland befürchteten, dass nun auch WhatsApp blockiert werden könnte. Einige verlegten prompt etwa ihre Familien-Chats in andere Messenger-Dienste wie Telegram. Die Staatsagentur Ria Nowosti meldete hingegen unter Berufung auf eine Quelle in den Strafverfolgungsbehörden, WhatsApp solle nicht beschränkt werden. Der stellvertretende Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Informationspolitik, Sergej Bojarski, wiederum meinte: "Irgendetwas sagt mir, dass in naher Zukunft alle Meta-Dienste auf dem Gebiet der Russischen Föderation blockiert werden."

Meta hatte in der Nacht zum Freitag seine Regel-Lockerungen bekannt gegeben. Als Beispiel für eine Ausnahme bei Äußerungen, die normalerweise gegen Richtlinien verstoßen hätten, nannte ein Facebook-Sprecher den Satz "Tod den russischen Eindringlingen". "Wir werden weiterhin keine glaubwürdigen Aufrufe zur Gewalt gegen russische Zivilisten erlauben", schrieb er zugleich bei Twitter. In Moskau sorgte die Meta-Entscheidung für große Empörung.

5. Sanktionen der USA

FAZ:

Biden will normale Handelsbeziehungen mit Russland beenden

Neben den Wirtschaftssanktionen sollen künftig auch russische Waren höher bepreist werden. Der amerikanische Präsident sucht dafür den Schulterchluss mit Brüssel und den wichtigsten Industriestaaten.

Die USA wollen laut Medienberichten gemeinsam mit anderen G7-Ländern und der EU den Weg für höhere Zölle auf russische Waren freimachen. Präsident Joe Biden wolle den US-Kongress am Freitag ersuchen, die normalen Handelsbeziehungen zu Russland auszusetzen, berichteten unter anderem das „Wall Street Journal“ und der Finanzdienst Bloomberg unter Berufung auf informierte Personen.

Formell würde es darum gehen, den Status Russlands als sogenannte „meistbegünstigte Nation“ aufzuheben. Dieser Grundsatz schreibt die Gleichbehandlung der Länder in der Welthandelsorganisation WTO bei Zöllen und anderen Regulierungsmaßnahmen vor.

Aus der Perspektive des US-Außenhandels würde Russland bei einer Aussetzung der normalen Handelsbeziehungen in die gleiche Kategorie wie etwa Kuba oder Nordkorea fallen. Biden könnte den Plan bei einem Auftritt zu US-Maßnahmen gegen den russischen Krieg in der Ukraine ankündigen, der am Freitagnachmittag für 16.15 Uhr Mitteleuropäischer Zeit angesetzt war. Mehr dazu im nächsten Update am Montag.

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

386 Mitglieder der russischen Staatsduma wurden vom Vereinigten Königreich wegen ihrer Unterstützung der Verträge zur Anerkennung der Unabhängigkeit von Luhansk und Donezk benannt.

Hier die Pressemitteilung:

[Foreign Secretary sanctions 386 Russian lawmakers who supported Putin's invasion of Ukraine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/foreign-secretary-sanctions-386-russian-lawmakers-who-supported-putin-s-invasion-of-ukraine)

Namensliste:

[Notice Russia 110322.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](https://publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/110322/Notice_Russia_110322.pdf)

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Agrarzeitung

Es steht viel auf dem Spiel (AZ)

von Dr. Per Brodersen

Für den ukrainischen und russischen Agrarsektor hat der Krieg, je länger dieser dauert, verheerende Folgen. Auch der Rest der Welt wird dies zu spüren bekommen. Der Geschäftsführer der German Agribusiness, Dr. Per Brodersen, schildert die Situation.

Der 24. Februar 2022 hat alles verändert: Mit dem Angriff Russlands auf seinen Nachbarn im Südwesten, die seit 1991 unabhängige Ukraine mit ihren 44 Millionen Einwohnern, stehen Frieden und Freiheit, Wohlstand und Ernährungssicherheit für Millionen von Menschen auf dem Spiel. Worauf müssen sich Agrarwirtschaft und -politik einstellen?

Der Russland-Ukraine-Konflikt wirkt weit über Angreifer und Angegriffene hinaus: Die Sorge um die eigene Sicherheit umtreibt viele Nachbarn Russlands, etwa das Baltikum und Kasachstan, sogar Finnland – der von Präsident Putin in seiner Rede kurz vor Einmarsch genannte Bezug auf ein „historisches Russland“ kann leicht als Vorwand für weitere Eroberungen dienen.

Vor dem Hintergrund von Sanktionen und Gegensanktionen gelten Transporte von und nach Zentralasien und China nun als risikoreicher und gefährdeter, sind umso anfälliger, je weiter sich die Lage zuspitzt. Vor allem aber treibt die Unsicherheit auf den Weltmärkten die Preise für commodities, der Weizenpreis verzeichnet ein Rekordhoch. Preisentwicklung, mangelnde Planbarkeit der Logistik, Exportbeschränkungen - vielen traditionellen Agrarhandelspartnern Russlands und der Ukraine (etwa in Nordafrika) drohen Versorgungsengpässe. Weltweit sind die Vorräte knapp, die Transportwege für lieferfähige Anbieter länger geworden.

Mangel an Erntehelfer:innen droht

In Europa drückte sich die Russland-Krise mit ihrem vorläufigen Tiefpunkt in Gestalt des Russland-Ukraine-Konflikts teilweise bereits in gestiegenen Energiepreisen aus – was auch Düngerproduzenten spürten, die die Produktion drosseln mussten. Durch Russlands Krieg gegen die Ukraine werden jetzt innerhalb der EU zunehmend Fahrer, aber später sicher auch Erntehelfer knapp, da viele von ihnen aus der Ukraine stammen und zum Wehrdienst mobilisiert werden. Auch dies setzt die Lieferketten länderübergreifend unter Druck. Derzeit reichen die Szenarien von großem Optimismus (Rückzug russischer Truppen und diplomatische Lösung) bis zu wenig hoffnungsfrohen Varianten (Totalbesetzung der Ukraine durch Russland, Anwendung der westlichen Sanktionen auch für die ukrainische Landwirtschaft).

Leistungsfähiger ukrainischer Agrarsektor hat für Stabilität gesorgt

Der Ruf der Ukraine als „Kornkammer Europas“ ist legendär, der Anteil von Schwarzerde an der gesamten Landesfläche liegt bei 56 Prozent. Die Ernte von Getreide- und Hülsenfrüchten belief sich 2020 auf 70 Mio. t, von Sonnenblumen auf 13,1 Mio. t, von Raps auf 2,6 Mio. t.

Durch die 2021 eingeleitete Reform des Bodenmarkts können nach einem jahrzehntelangen Moratorium ukrainische Staatsbürger ihr Grundeigentum verkaufen bzw. weitere Flächen erwerben (ab 2024 auch juristische Personen; Ausländer sind weiterhin vom Handel ausgeschlossen) – dies hat neue Liquidität in den Sektor gebracht, die Landtechnikverkäufe allein aus Deutschland beliefen sich vergangenes Jahr auf über 350 Mio. € und erreichten damit ein historisches Allzeithoch.

Zur Person

Dr. Per Brodersen, Jahrgang 1974, ist Geschäftsführer der German Agribusiness Alliance beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft in Berlin. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Russisch in Berlin und St. Petersburg und promovierte im Fach Osteuropäische Geschichte über Königsberg-Kaliningrad. Seiner aktuellen Tätigkeit gingen berufliche Stationen bei der ZEIT-Stiftung in Hamburg, der Alexander von Humboldt-Stiftung in Bonn, der Max Planck-Gesellschaft in Berlin und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin voraus.

Diese Leistungsfähigkeit des ukrainischen Agrarsektors hatte stets eine stabilisierende Funktion für die gesamte Volkswirtschaft des Landes und stand auch in Krisenjahren verlässlich für rund 10 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt – auch nach der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland 2014.

Landwirt zweifelt an Aussaat im Frühjahr

Mit dem erneuten Angriff Russlands auf die Ukraine steht die Produktionsfähigkeit der ukrainischen Landwirtschaft in Frage. Ein deutscher Landwirt, der seit 2005 in der Ukraine lebt und sich nun auf der Flucht befindet, äußerte jüngst Zweifel. Gegenüber der DLG sagte Alexander Zein: Er sei skeptisch, ob es überhaupt zu einer großflächigen Aussaat der Sommerungen im Frühjahr kommen werden könne.

Viele Ukrainer greifen zu den Waffen, um den Angriff auf ihr Land durch die russische Armee aufzuhalten und zurückzuschlagen – für die Bestellung von Flächen werden deshalb Arbeitskräfte und Treibstoff fehlen, ebenso für das Einbringen einer Ernte.

Ukrainische Staatsbahn will einspringen

Mit Fragezeichen versehen sind auch Logistik und Lagerung der einzubringenden Ernten – hier wird sich die unmittelbare Entwicklung der militärischen Situation auf Zustand und Nutzbarkeit von Infrastruktur inklusive Straßen und Lagerhäusern auswirken. Zudem sind Ausfuhrhäfen wie Odessa gesperrt. Zwar will die ukrainische Staatsbahn einspringen, kann aber bei Weitem nicht alle Exportdestinationen erreichen. Auch die Weiterverarbeitung ist unsicher.

Um die eigene Bevölkerung ausreichend versorgen zu können, hat die ukrainische Regierung am vergangenen Sonntag den Export u.a. von Roggen, Hafer, Hirse, Zucker und Fleisch ausgesetzt; Exporteure von Sonnenblumenöl, Weizen und Hühnerfleisch benötigen entsprechende Lizenzen – auch für Mais, dessen Preisanstieg durch die aktuelle Entwicklung nicht gedämpft werden wird.

Russland stützt inländischen Agrarsektor mit hohen Subventionen

Russlands Angriff auf die Ukraine bleibt auch für Russland selbst nicht ohne Folgen: Die Europäische Union und die USA mit ihren Partnern haben harte Wirtschaftssanktionen verhängt, auf die wiederum Russland mit Strafmaßnahmen reagiert. Nach innen ist Russlands Versorgung gesichert – wenn auch zu einem hohen Preis: Der Agrarsektor ist produktiv, gestützt durch hohe staatliche Subventionen; gleichzeitig reguliert die Politik die Agrarexporte, etwa mit am Weltmarktpreis orientiertem Ausfuhrzoll auf Getreide. Der Brotpreis hat in Russland eine immens hohe politische Bedeutung und sein Anstieg würde kaum zugelassen.

Agrarexporteure unter Druck

Schwieriger ist die Situation für Agrarexporteure. Nicht nur sind ihre Güter teilweise mit Ausfuhrzöllen belegt, auch Zahlungen und Logistik werden schwieriger. 70 Prozent der russischen Banken sind vom zentralen internationalen Zahlungssystem Swift abgekoppelt worden, was Zahlungen für Exporte erschwert; Dienstleister wie die Russische Staatsbahn sind Ziel von Finanzsanktionen (die in Richtung Geschäftsverbot münden können), auch die Nutzung von Russlands Schwarzmeerhäfen ist im Extremfall von der Genehmigung der Bosphorus-Passage durch das Nato-Mitglied Türkei abhängig. Offen ist, wie sehr Russlands Armee Transportkapazitäten bindet, die in Friedenszeiten für Warentransporte zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig kommt die Versorgung Russlands mit modernen Agrartechnologien ins Stocken, weil auch hier Zahlungswege und Logistik an ihre Grenzen stoßen – was sich absehbar auf Russlands Agrarproduktivität auswirken wird. Zudem ist der Kurs der russischen Währung mit knapp 144 Rubel für 1 Euro auf historische Tiefststände abgestürzt – was schon allein den Kauf ausländischer Technik extrem erschwert. Die einzige Sicherheit, die wir derzeit haben? Eine Rückkehr zum Zustand vor dem 24. Februar ist ausgeschlossen.

German Agribusiness Alliance

Die German Agribusiness Alliance ist nach eigenen Angaben eine Initiative führender Verbände und Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Sie dient als Plattform für den Austausch und die Bündelung wirtschaftlicher Interessen bei der Zusammenarbeit mit Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern mit den Regionalschwerpunkten Osteuropa/Zentralasien, Asien und Afrika.

Zeit Online

Russland verhängt Exportverbot für Hunderte Produkte (ZO)

Als Reaktion auf die westlichen Sanktionen hat Russland ein Exportverbot für eine Reihe von Gütern verhängt. Betroffen seien mehr als 200 Produkte und Gerätschaften, die zuvor aus dem Ausland nach Russland importiert worden waren, teilte die Regierung in Moskau mit. Das Verbot gelte bis Ende des Jahres. Mit der Maßnahme ergänzt Russland zuvor angekündigte Vergeltungsinstrumente, etwa eine mögliche Verstaatlichung westlicher Unternehmen, die das Land wegen des Krieges gegen die Ukraine verlassen.

Wir glauben an liebevolle und gleichberechtigte Beziehungen. DU & ICH. Jetzt entdecken. Das Verbot betrifft den Angaben zufolge Bereiche wie Telekommunikation und Medizin, Fahrzeuge, Landwirtschaftsmaschinen und elektrische Geräte. Auch Lokomotiven, Turbinen oder Bildschirme stehen auf der Verbotsliste. Zudem dürften auch eine Reihe von Hölzern nicht mehr in "unfreundliche" Staaten exportiert werden.

Die Maßnahme sei nötig, um die Stabilität des russischen Marktes zu gewährleisten, teilte die Regierung mit. Möglich bleiben Exporte in die von Moskau angeführte Eurasische Wirtschaftsunion. Dazu gehören neben Russland verbündete Staaten wie Kasachstan, Armenien, Belarus und Kirgisistan.

Keine Exportstopps für Öl und Gas

Wichtige russische Exportgüter sind nicht von der Regelung betroffen, etwa die Ausfuhren von Erdöl und Gas. Präsident Wladimir Putin sagte bei einem Kabinetttreffen, Russland halte sich an alle eingegangenen Verpflichtungen zur Energieversorgung. Auch der Gastransit durch die Ukraine sei "zu 100 Prozent befüllt".

Das widerspricht einer Drohung des stellvertretenden Regierungschefs Alexander Nowak vom Montag. Er hatte angedeutet, Russland könne als Vergeltung für den Stopp des Pipelineprojekts Nord Stream 2 auch Gaslieferungen nach Deutschland über die Pipeline Nord Stream 1 einstellen. Nach Angaben der Bundesregierung, die ihrerseits einen Stopp des Energieimports aus Russland prüft, hätte dies erhebliche Auswirkungen auf die Versorgungslage in Deutschland.

Russland und Ukraine sind wichtige Agrarexporteure

Auch die Landwirtschaft ist von den Exportbeschränkungen ausgenommen. Minister Dmitri Patruschew zufolge werde das Land seine Exportverpflichtungen im Agrarsektor erfüllen. Auch die Lebensmittelversorgung innerhalb Russlands sei gesichert, in diesem Jahr werde eine Ernte von 123 Millionen Tonnen Getreide erwartet. Nach Angaben der deutschen Außenwirtschaftsagentur GTAI sind das fünf Millionen Tonnen weniger, als ursprünglich erwartet, und zehn Millionen Tonnen weniger als im vergangenen Jahr, als nahezu eine Rekordernte eingefahren worden war.

Der russische Agrarsektor ist für den gesamten Weltmarkt von Bedeutung. Angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine hat Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) vor Hungersnöten gewarnt. Exportstopps sollten als "zusätzliche Bedrohungen der weltweiten Agrarmärkte unbedingt vermieden werden", sagte Schulze.

Russland und die Ukraine sind wichtige Exporteure von Weizen, Gerste, Mais und Sonnenblumenöl. Bei Weizen machen die beiden Länder ein Drittel der globalen Exporte aus, beim Mais ein Sechstel. Bei Sonnenblumenöl und Mais ist die Ukraine Marktführer. Dem Capital zufolge kann das Land wegen des russischen Angriffs bereits Exportverpflichtungen über 14 Millionen Tonnen Agrarprodukte nicht mehr erfüllen. Die Weltmärkte spüren die Kriegsfolgen in diesem Bereich schon jetzt: Der Weizenpreis ist seit dem Angriff auf die Ukraine von 290 Euro pro Tonne auf derzeit knapp 400 Euro gestiegen.

Russische Medien:
Globus arbeitet in Russland weiter

Entgegen anderslautender Medienberichte bleibt das deutsche Einzelhandelsunternehmen Globus mit seinen SB-Warenhäusern weiter in Russland aktiv. „Im Namen des Unternehmens geben wir offiziell bekannt, dass alle Verbrauchermärkte sowie die Online-Shops wie gewohnt weiterarbeiten“, heißt es in einer auf Instagram veröffentlichten Erklärung. Zuvor hatte Globus-Chef Thomas Bruch bereits gegenüber dem Handelsblatt erklärt, seine Märkte in Russland gegen alle Widerstände offen halten zu wollen. Der erste Globus-Hypermarkt in Russland wurde 2006 eröffnet. Die Zahl der Mitarbeiter in Russland übersteigt 11.000.

dpa
Agrargroßhändler Agravis: Weiter steigende Preise durch Ukraine-Krieg

MÜNSTER/HANNOVER (dpa-AFX) - Europas zweitgrößter Agrarhändler Agravis hält infolge des Krieges in der Ukraine eine nochmalige Verteuerung von Lebensmitteln für wahrscheinlich. Die schon zuvor verzeichneten Zuwächse dürften vorerst anhalten. Verbraucher müssten mit steigenden Preisen rechnen, hieß es am Freitag aus dem Konzern. Vorstandschef Dirk Köckler stufte die Auswirkungen des russischen Angriffs für den internationalen Handel mit Agrarrohstoffen wie Getreide und Ölsaaten insgesamt noch als beherrschbar ein. "Aufgrund überwiegend langfristig abgeschlossener Kontrakte mit Industrie und Landwirtschaft ist die Versorgung mit Betriebsmitteln in den nächsten Monaten sichergestellt", sagte er der Deutschen Presse-Agentur.

Der Rohstoffpreis-Anteil ist bei vielen Nahrungsmitteln - etwa Brot - zwar meist relativ gering. Aber größere Ausschläge zum Beispiel durch Knappheit nach schlechten Ernten oder bei politischen Konflikten können sich durchaus im Geldbeutel der Endkunden bemerkbar

machen. Köckler verwies außerdem auf die stark zunehmenden Kosten für Energie sowie für Dünge- und Pflanzenschutzmittel, die viele Bauern belasten.

Für Landwirte mit Tierhaltung spielen überdies die Futtermittelpreise eine zentrale Rolle. Hier sei die Belieferung derzeit ebenfalls noch gesichert, sagte Köckler. Wegbrechende Einfuhren von Sonnenblumenöl aus der Ukraine könnten beispielsweise mit Rapsöl aufgefangen werden. Die Ukraine gilt als Kornkammer Europas. Sie ist aber auch ein wichtiger Exporteur von Ölsaaten wie Raps oder Sonnenblumen. Die Bedeutung der Landwirtschaft ist groß: Nach UN-Daten waren Getreidesorten wie Weizen, Roggen und Gerste 2020 mit insgesamt 19,1 Prozent die größte Warengruppe unter allen Ausfuhren - deutlich vor Stahlprodukten (15,6 Prozent). Fette, Öle und Wachse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs kamen mit 11,7 Prozent auf den dritten Rang.

Die Agrarminister der sieben großen Industrienationen beraten am Freitag über die Auswirkungen des Krieges auf die Ernährungssicherung - denn die Effekte können Experten zufolge weitreichend sein. In der EU sind Länder wie Frankreich oder Deutschland zwar ebenso große Akteure auf dem Getreidemarkt. Doch auch die ukrainischen Exporte können die Preise global beeinflussen - nicht zuletzt für Entwicklungsländer.

Die Agravis Raiffeisen mit Hauptsitz in Münster beobachtet die politische und klimatische Lage in den Gebieten um das Schwarze Meer laufend. In der Vergangenheit hatten Dürren in der Ukraine, in Moldawien, in Russland und in Kasachstan zu Ernteeinbußen geführt, welche die Kosten für Lebensmittelrohstoffe teils merklich ansteigen ließen.

8. Meldungen zur ukrainischen Wirtschaft

Der ukrainische Energiekonzern DTEK bietet einen Newsletter an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaI@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Initiative [#WirtschaftHilft](#) der Spitzenverbände BDA, BDI, DIHK und ZDH, die am 10. März 2022 ins Leben gerufen wurde. Die Internetseite www.WirtschaftHilft.info dient als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu folgenden Themen:

- Hinweise zu bedarfsgerechtem Spenden;
- Unterstützung für deutsche Unternehmen;
- Sicherung des Geschäftsbetriebs und Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse sowie
- vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Im Rahmen der Initiative [#WirtschaftHilft](#) veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich. Bitte finden Sie die Webseite [hier](#).

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an [Stefan Kägebein](#) und [Petya Hristova](#).

Jobangebote für Flüchtlinge in den Nachbarländern der Ukraine

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in den ukrainischen Nachbarstaaten zu vermitteln. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Finanzsanktionen

Die Deutsche Bank hat eine Informationsseite zur Lage in Osteuropa erstellt, auf der sie Fragen zu den aktuellen Finanzsanktionen beantwortet. Mehr Informationen finden Sie unter den folgenden Links:

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

[Situation Russland-Ukraine: Auswirkungen auf Ihr Geschäft – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

Lebensmittel

BMEL: Der Aufbau der Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine läuft auf Hochtouren. Das Ministerium erstellt gerade Funktionsadressen, weitere Personalstellen sowie eine Internetseite, die spätestens Anfang nächster Woche verfügbar sein wird. Auch in der Aufbauphase dieser Plattform sind wir bereits aktiv und unterstützen nach Kräften einen effizienten Ablauf der ersten Hilfslieferungen. Sie können die Koordinierungsstelle kontaktieren unter: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de. Die Telefonnummern werden in Kürze eingerichtet.

Medizinische Güter

Vorliegende Bedarfslisten der UA Seite wurden an die German Health Alliance weitergeleitet. Unternehmen können auf Grundlage dieser Liste lieferbare Produkte an die Ukrainische Botschaft in Berlin weiterleiten. Dort unterstützt man dann mit Logistik bis zur PL Grenze und in der Ukraine.

Kontakt: Petya Hristova, P.Hristova@oa-ev.de; Stefan Kägebein, S.Kaegelbein@oa-ev.de

Medizinische Güter

SPENDENAUFTRUF

Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die

Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Ukrainische Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:
iwanttohelpukrainians@gmail.com

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier: [@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur,
Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach
von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen
in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich
an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere
Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht
oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das
Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen
Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das
Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

- 1. Country -**
- 2. Name -**
- 3. City/town -**
- 4. Phone number (für WhatsApp?) -**
- 5. Amount of people I can host -**
- 6. For how long I can host -**
- 7. What I can offer in addition -**

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

[Gastfreundschaft Ukraine | elinor.network](#)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](#)

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

